

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Irreguläre Migration an den Grenzen steuern, begrenzen und kontrollieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Schengenraum ohne Binnengrenzkontrollen ist eine zentrale Errungenschaft der Europäischen Integration, die es zu erhalten gilt. Bislang wird der Schengenraum an den EU-Außengrenzen nicht ausreichend geschützt. Dies zeigt nicht zuletzt die aktuelle Situation in unserem Land: In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über 100.000 Erstanträge von Asylbewerbern entgegengenommen – ein Zuwachs von fast 80 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In nur vier Monaten ist somit eine Zahl von Menschen im Umfang einer Großstadt nach Deutschland irregulär eingewandert. Kein anderes Land in der Europäischen Union nimmt annähernd so viele irreguläre Migranten auf wie Deutschland.

Im ersten Quartal 2023 waren vor allem die südlichen und östlichen Grenzen von unerlaubten Einreisen betroffen. Von Januar bis März 2023 stellte die Bundespolizei an der Grenze zu Polen 4.013 unerlaubte Einreisen fest, zu Österreich 3.674, zur Schweiz 3.063 und zu Tschechien 1.516 unerlaubte Einreisen. Allerdings lässt die Bundesregierung bislang nur die Landgrenze zu Österreich stationär und mobil kontrollieren – obwohl sie weiß, dass etwa die Grenze zu Polen deutlich stärker belastet ist. Da mangels Grenzkontrollen die unerlaubten Einreisen aus Polen, Tschechien und der Schweiz nur lückenhaft ermittelt werden, dürfte sich die irreguläre Migration immer weiter auf diese Grenzabschnitte verschieben.

Obwohl sie von der Asylummigration weniger betroffen sind, reagieren unsere europäischen Partner in der aktuellen Krisensituation wesentlich entschlossener als Deutschland. In diesem Jahr haben etwa Slowenien, Norwegen, Dänemark, Schweden und Österreich neue Grenzkontrollen verhängt. Wegen der irregulären Migration hat seit dem 1. Mai 2023 auch Frankreich Grenzkontrollen u. a. zu Deutschland und zur Schweiz eingeführt.

Der Bundestag stellt dabei ausdrücklich fest, wie groß das Vertrauen in die Fähigkeiten und das Engagement unserer Bundespolizei beim Grenzschutz ist. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass ein moderner Grenzschutz immer auch eine zeitgemäße Infrastruktur und eine ausreichende Personalausstattung braucht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,

1. jetzt europäisch notifiziert, lageangepasst und im Zusammenspiel mit moderner

Binnengrenzfahndung die an der deutsch-österreichischen Grenze stattfindenden Kontrollen vorübergehend auf die Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz auszuweiten, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält;

2. die Bundespolizei für diese Aufgabe noch besser zu unterstützen und auszustatten;
3. die Zusammenarbeit mit den örtlichen Landespolizeien bei Bedarf noch weiter zu verbessern, um die hauptbelasteten Grenzabschnitte möglichst lückenlos kontrollieren zu können;
4. gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz und für eine spürbare Reduzierung der irregulären Migration in die EU zu ergreifen, um den binnengrenzkontrollfreien Schengenraum als eine der zentralen Errungenschaften der Europäischen Integration zu erhalten.

Berlin, den 9. Mai 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion